



«Der Bundesrat unter genauer Überwachung»

Reaktionen auf das knappe Ja zum biometrischen Pass

Der Bundesrat, so das Medienecho nach dem knappen Resultat, muss der Verhinderung von Missbräuchen der Passdaten grösste Aufmerksamkeit schenken.

Seitens der SVP und der Grünen wird eine nachträgliche Änderung des vom Volk angenommenen Gesetzes gefordert.

met. Durch die Pressekommentare zum mit 50,14 Prozent Ja-Stimmen beinahe historischen knappen Ausgang der Abstimmung über die Einführung des biometrischen Passes zieht sich wie ein roter Faden die Forderung, der Bundesrat müsse die offenkundigen Ängste der Bevölkerung vor einem Missbrauch der beim Bundesamt für Polizei gespeicherten biometrischen Daten ernst nehmen. Es sei nun an der Landesregierung, die Bedenken der Gegner beim Vollzug des Ausweisgesetzes zu zerstreuen, schreibt der «Bund». Dass die Versuchung gross bleibe, das Gesetz zu lockern und die Passdatenbank für die umstrittene Rasterfahndung zu öffnen, sei keine Phantasterei der E-Pass-Gegner. In der «Südostschweiz» heisst es: «Der Bundesrat will davon zwar (noch) nichts wissen, doch die technische Möglichkeit, den «gläsernen Bürger» Wirklichkeit werden zu lassen, ist seit gestern vorhanden.» Es müsse bezweifelt werden, dass der Bundesrat immer wisse, was seine Strafverfolgungsbehörden so alles ausheckten.

Forderungen der Grünen und der SVP

Der «Tages-Anzeiger» legt Bundesrat und Parlament nahe, sich hinter die Ohren zu schreiben, «dass die Schweizerinnen und Schweizer Einschränkungen ihrer Freiheit und Privatsphäre nicht leichthin akzeptieren, bloss um etwas mehr Sicherheit zu bekommen». Misstrauen gegenüber dem Bundesrat ortet auch «Le Temps»: Es werde ihm kein Ausrutscher beim Datenschutz verziehen werden. «24 heures» hält fest, die Regierung werde von nun an genau überwacht werden, wie sie mit den Daten umgehe.

Dann gibt es auch noch jene Kommentatoren, die sich auf sehr dünnes Eis hinauswagen und das Abstimmungsergebnis nicht zur Gänze akzeptieren wollen. Die Grünen haben am Abstimmungsende in einer Medienmitteilung die Forderung aufgestellt, die Bürger müssten frei wählen können, ob die Fingerabdrücke in einer zentralen Datenbank gespeichert würden oder nicht. Das zeugt von beschränktem Respekt vor einem – wenn auch knappen – Volksentscheid. Ein entsprechender Vorstoss von Nationalrat Antonio Hodgers (Genf) ist bereits angekündigt. Der

«Tages-Anzeiger» und die «Südostschweiz» machen sich in ihren Kommentaren für dieses problematische Vorhaben stark.

Mittragen will den grünen Vorstoss auch SVP-Nationalrat und Nein-Komitee-Mitglied Lukas Reimann (St. Gallen), wobei er festhält, die Sache sei mit seiner Partei nicht abgesprochen. Die Waadtländer SP-Nationalrätin Ada Marra wiederum überlegt sich, ob sie eine im letzten April eingereichte parlamentarische Initiative zurückziehen will, die unter anderem den Verzicht auf die zentrale Datenbank für die Passdaten verlangte. Sie wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, Volksentscheide zu missachten, sagte die Lausannerin auf Anfrage. Die SVP dagegen teilte am Montagabend in einem Communiqué mit, ihre Fraktion werde in der Sommersession Vorstösse einreichen, die verlangten, dass der Bundesrat die Einführung der Datenbank sowie die Möglichkeit, weitere Ausweisarten der Biometrie-Pflicht zu unterstellen, aus dem Gesetz streiche.

Roter Einheitspass kommt 2010 zurück

chs. Das Ja zu den neuen biometrischen Pässen vereinfacht ab März 2010 die derzeit verwirliche Schweizer Passlandschaft. Der neue, zehn Jahre gültige und 140 Franken kostende Pass löst die beiden bisher parallel laufenden Modelle ab. Alle bisher ausgestellten Pässe bleiben bis zu ihrem Ablauf gültig. Heute gibt es den Pass 03 für 120 Franken, gültig während zehn Jahren, ohne Chip, aber maschinenlesbar, und den Pass 06 für 250 Franken mit Chip, der fünf Jahre gültig ist. Noch komplizierter wird es, wenn man mit dem Pass 03 in die USA reisen will. Je nach Ausstellungsdatum braucht es dann ein Visum für zusätzlich 170 Franken. Derzeit sind beide Pässe erhältlich, wenn auch nicht am gleichen Ort. Den Pass 03 und die Identitätskarte (ID) stellt die Wohn-gemeinde aus; den Pass 06 dagegen gibt es nur in bisher acht Passzentren. Nur sie verfügen über die nötige Ausrüstung, um maschinenlesbare Pässe herzustellen.

Der Weg zum neuen Pass wird für die meisten länger werden. Denn bei den Gemeindeverwaltungen sind ab 2010 keine Pässe und nach zwei weiteren Jahren auch keine ID mehr erhältlich. Neu zuständig werden die Kantone, welche dafür Erfassungszentren einrichten müssen. Wo das geschieht, ist noch nicht überall entschieden. Vielfach wird das im Hauptort sein. In Zürich hat sich der Kantonsrat für je ein Zentrum in Zürich und in Winterthur ausgesprochen. Der Kanton Bern plant sieben, Graubünden fünf Erfassungszentren.



Keine Nachzählung in Sicht

(ap) Nach dem äusserst knappen Ja beim Referendum zum biometrischen Pass hat sich am Montag keine Nachzählung abgezeichnet. Bundesratssprecher André Simonazzi hatte keine Kenntnis von Beschwerden wegen Unregelmäs-

sigkeiten in Kantonen. Auch bei den Gegnern war eine Nachzählung gemäss dem Juso-Präsidenten Cédric Wermuth kein Thema. Laut dem provisorischen Schlussergebnis gaben bei der Abstimmung 5504 Stimmen den Ausschlag. Das war das achtknappste Ergebnis bei eidgenössischen Abstimmungen.